

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5727

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5727



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Bern, 21. Mai 2026

Stellungnahme von AvenirSocial zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»

Am kommenden 14. Juni wird die Bevölkerung über die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» abstimmen, die wir an dieser Stelle lieber als «Chaos-Initiative» bezeichnen. Unter dem Deckmantel des schamlos irreführenden Begriffs «Nachhaltigkeit» schreibt dieser Text eine starre Bevölkerungsobergrenze und die automatische Kündigung der bilateralen Abkommen vor, sobald das Bevölkerungswachstum 4 % übersteigt. Ein solcher Mechanismus, der von den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Realitäten des Landes losgelöst ist, würde hunderttausende Menschen, die in der Schweiz leben und arbeiten, schwächen oder gar ruinieren und gleichzeitig wesentliche Teile unserer Gesellschaft fundamental destabilisieren.

Für AvenirSocial ist diese Initiative in jeder Hinsicht inakzeptabel, da sie die Grundlagen und Voraussetzungen der Sozialen Arbeit angreift: die Achtung der Menschenrechte, die Förderung nach sozialer Gerechtigkeit, den Aufbau vertrauensvoller Beziehungen, die Kontinuität der Betreuung und die Prävention von Gefährdungen.

Der [Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz](#) erinnert daran, dass diese Grundsätze keine Absichtserklärungen, sondern berufliche Verpflichtungen sind. Eine Politik, die Prekarität institutionalisiert und Grundrechte untergräbt, steht in direktem Widerspruch zu diesen Verpflichtungen. Durch die Institutionalisierung von Unsicherheit und die Einführung willkürlicher Einschränkungen verschärft die Initiative die Spannungen in Berufsfeldern, die bereits durch Sparpolitik und den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften unter Druck stehen.

In diesem Zusammenhang stellt die Chaos-Initiative die Fachpersonen der Sozialen Arbeit vor ethische Dilemmata, die sie nicht ignorieren können: Wie kann Selbstbestimmung gewährleistet werden, wenn Grundrechte entzogen werden? Wie kann der Kinderschutz sichergestellt werden, wenn Familien von der Trennung bedroht sind? Wie lassen sich Integrationswege aufbauen, wenn Menschen jederzeit abgeschoben werden können? Diese Widersprüche machen die Aufgaben der Sozialarbeit nahezu unmöglich.

AvenirSocial ruft klar dazu auf, am kommenden 14. Juni mit **NEIN** gegen diese Initiative zu stimmen.

Die Menschenwürde, mit Füßen getreten durch eine Politik der Angst

Die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» beruht auf einer zutiefst entmenschlichenden Logik: Sie macht Menschen zu einem statistischen Problem und stellt Migrant*innen implizit als Bedrohung für das Land dar. Diese Rhetorik ist eines demokratischen Staates unwürdig und stellt eine brutale Verleugnung des Grundprinzips der Menschenwürde dar, das im Berufskodex der Sozialen Arbeit in der Schweiz verankert ist. Hinter den alarmistischen Parolen der SVP verbirgt sich eine zynische politische Strategie: Angst schüren, Sündenböcke schaffen und die Ablehnung des Anderen legitimieren.

Fachpersonen der Sozialen Arbeit sehen jeden Tag die konkreten Folgen dieser Diskurse: Zunahme des Alltagsrassismus, Isolation, Demütigung und Ausgrenzung von Menschen, die ohnehin schon in einer prekären Lage sind. Kein soziales Problem wird gelöst, indem ein Teil der Bevölkerung als eine Last behandelt wird, die es einzudämmen gilt. Eine Gesellschaft, die den Menschen auf eine Frage von Quoten reduziert, gibt ihre eigenen Grundwerte auf.

Ein schändlicher Angriff auf die Menschenrechte

Diese Initiative steht in direktem Widerspruch zu den grundlegendsten Menschenrechten. Sie verbreitet die toxische Vorstellung, dass bestimmte Menschen aufgrund ihrer Herkunft weniger Legitimität hätten, in der Schweizer Gesellschaft zu leben, zu arbeiten oder sich einzubringen.

Die Soziale Arbeit hingegen verteidigt die Universalität dieser Rechte, die Gleichbehandlung und den Kampf gegen alle Formen der Diskriminierung. Ausländische Menschen sind weder «Eindringlinge» noch «Schmarotzer»: Sie tragen jeden Tag zum Funktionieren des Landes bei, in Spitälern, auf Baustellen, in Schulen, in der Pflege oder in der Gastronomie. Dennoch nutzt die SVP-Initiative soziale Ängste lieber dazu, eine fremdenfeindliche und hierarchisierende Sichtweise auf die Bevölkerung zu verbreiten. Diese Politik der Ablehnung banalisiert Ausgrenzung und untergräbt die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in gefährlicher Weise. Wenn ein politischer Diskurs Menschen nach ihrer Herkunft aussortiert, ist das ein ethischer und demokratischer Rückschritt für die gesamte Gesellschaft.

Prekarität instrumentalisieren, um Ausgrenzung zu legitimieren

Die SVP gibt vor, die Bevölkerung vor einer Wohnungskrise, dem Druck auf die Infrastruktur oder der Prekarität zu schützen. Das ist eine plumpe Manipulation. Die wahren Ursachen dieser Probleme sind bekannt: Immobilienspekulation, Abbau öffentlicher Dienstleistungen, eine Steuerpolitik, die die Reichsten begünstigt, und fehlende soziale Investitionen. Migrant*innen zu beschuldigen dient lediglich dazu, ein zutiefst diskriminierendes Wirtschafts- und Sozialsystem nicht in Frage stellen zu müssen.

Aus sozialarbeiterischer Sicht ist diese Initiative besonders gefährlich, weil sie die gesellschaftliche Wut auf die Schwächsten lenkt, anstatt die Mechanismen anzugehen, die

Ungerechtigkeit hervorbringen. Sie spaltet die Solidarität, spielt Bevölkerungsgruppen gegeneinander aus und schürt ein Klima des permanenten Misstrauens. Soziale Gerechtigkeit entsteht nicht durch immer härtere Grenzen und nationalistische Parolen; sie entsteht durch die Verteilung des Reichtums, die Gleichberechtigung, die Schaffung von Zugängen und die kategorische Ablehnung von Stigmatisierung.

NEIN zum Abbau der Grundprinzipien der Sozialen Arbeit

Die durch die Initiative verursachte automatische Obergrenze würde zu einer Einschränkung der Familienzusammenführung führen, den Aufenthaltsstatus schwächen und prekäre Aufenthaltsformen wie den Saisonarbeiterstatus wieder einführen. In der Sozialen Arbeit erleben wir täglich die Auswirkungen dieser Unsicherheiten: zerbrochene Familien, psychische Not, erhöhte Ausbeutungsgefahr und Integrationshindernisse.

Der Berufskodex der Sozialen Arbeit Schweiz hält fest, dass Menschenwürde, Gleichbehandlung, der Schutz vulnerabler Personen und soziale Gerechtigkeit berufliche Verpflichtungen sind. Die Menschenrechte sind universell und unveräusserlich: Sie haben Vorrang vor administrativen Regelungen und dienen als Massstab, um zu unterscheiden, was legal und was legitim ist. Eine Initiative, die Prekarität institutionalisiert und die Grundrechte untergräbt, steht in direktem Widerspruch zu diesen Grundprinzipien. Indem sie in erster Linie die schutzbedürftigsten Menschen ins Visier nimmt, schwächt die Initiative den Schutz der Grundrechte und bedroht direkt die geflüchteten Personen – und das, obwohl der Asylbereich nur einen marginalen Anteil am Bevölkerungswachstum ausmacht. Indem sie sogar die Kündigung wesentlicher internationaler Übereinkommen wie der [Kinderrechtskonvention](#) und der [Europäischen Menschenrechtskonvention \(EMRK\)](#) in Betracht zieht, würde sie die humanitäre Arbeit der Schweiz und den Schutz der grundlegendsten Rechte gefährden.

NEIN zu einer Initiative, die Stigmatisierung schürt und den sozialen Zusammenhalt zerstört

Indem sie bestimmte Bevölkerungsgruppen für soziale Probleme verantwortlich macht, verstärkt die Initiative Misstrauen, Stigmatisierung und Spannungen. Diese politische Strategie ist gefährlich: Sie zerreisst das soziale Gefüge und schürt Diskriminierung, anstatt die wahren Ursachen gesellschaftlicher Spannungen anzugehen. Fachpersonen der Sozialen Arbeit wissen, dass sozialer Zusammenhalt durch Solidarität, Inklusion und Gleichbehandlung entsteht, niemals aber durch die Benennung von Sündenböcken.

[Kinder- und Jugendorganisationen warnen:](#) Die geplanten Einschränkungen bedrohen direkt die Rechte aller Kinder in der Schweiz und könnten zu Familientrennungen oder zu Situationen dauerhafter Unsicherheit führen. Eine Politik, die soziale Gruppen gegeneinander ausspielt, anstatt die Möglichkeiten der Gemeinschaft zu stärken, widerspricht den Zielen der Sozialen Arbeit, die sich für Konfliktprävention, das Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt einsetzt. Die Initiative stellt die Einwanderung als Belastung für die Infrastruktur und die Gesellschaft dar. Dabei vergisst

sie, dass Migrant*innen eine wesentliche Rolle für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft spielen. Es ist falsch, Migrant*innen – insbesondere Geflüchtete – für gesellschaftliche Schwierigkeiten verantwortlich zu machen. Die Vorstellung, sie seien für gesellschaftliche Schwierigkeiten verantwortlich, dient vor allem dazu, die eigentlichen Ursachen zu verschleiern, zu denen unter anderem Abbau öffentlicher Investitionen, Immobilienspekulation und das Fehlen einer ambitionierten Sozialpolitik gehören.

NEIN zum sozialen und institutionellen Chaos, das effektive Soziale Arbeit unmöglich machen würde

Die automatische Kündigung der bilateralen Abkommen würde zu einem noch stärkeren Fachkräftemangel im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen sowie im öffentlichen Dienst im Allgemeinen führen. Die Gewerkschaften warnen: Die Initiative ebnet den Weg für eine allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, würde zu massivem Personalmangel führen und könnte eine Rückkehr zu prekären Beschäftigungsverhältnissen für ausländische Arbeitnehmer*innen bedeuten.

Für die Soziale Arbeit wären die Folgen unmittelbar und verheerend: Überlastung der Teams, Zunahme von Notfällen, Unterbrechungen in der Betreuung und Vertrauensverlust der Betroffenen gegenüber den Institutionen. Die Soziale Arbeit beruht jedoch gerade auf Stabilität, der Kontinuität von Beziehungen und der Sicherheit von Lebenswegen. Eine Politik, die Instabilität und Prekarität fördert, macht eine menschenwürdige Betreuung praktisch unmöglich.

NEIN zu einer Einwanderungsbegrenzung, die die Solidarität zwischen den Generationen untergräbt

Die AHV und die Sozialversicherungen beruhen auf einem Gleichgewicht zwischen den Generationen. Erwerbstätige Migrant*innen leisten einen wesentlichen Beitrag zu diesem System. Durch die pauschale Begrenzung ihrer Zuwanderung schafft die Initiative Finanzierungslücken, die Renten, Sozialleistungen und Krankenkassenprämien unter Druck setzen werden.

Der Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz erinnert daran, dass Nachhaltigkeit eine Verantwortung gegenüber künftigen Generationen beinhaltet. Diese Initiative bewirkt jedoch genau das Gegenteil: Sie schafft künstlich Fachkräftemangel, schwächt die Solidaritätsmechanismen und setzt die Sozialsysteme unter Druck, die ihre Befürworter*innen angeblich verteidigen wollen. Eine Gesellschaft, die die Beiträge derjenigen ablehnt, die zu ihrem täglichen Funktionieren beitragen, erodiert die Fundamente ihrer sozialen Schutzmechanismen.

NEIN zu einer falschen Vorstellung von Nachhaltigkeit

Die Initiative instrumentalisiert den Begriff der Nachhaltigkeit, indem sie ihn auf eine blosse Bevölkerungsobergrenze reduziert. Diese Sichtweise ist nicht nur falsch, sondern zutiefst

unverantwortlich. Nachhaltigkeit bedeutet in der Sozialen Arbeit nicht eine Bevölkerungsobergrenze: Es ist die Fähigkeit einer Gesellschaft, die verfügbaren Ressourcen bewusst und verantwortungsvoll zu verwalten, um langfristig das Gleichgewicht der Ökosysteme unseres Planeten zu sichern.

Der Berufskodex erinnert zudem daran, dass soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden sind und ganzheitlich, generationsübergreifend und solidarisch betrachtet werden müssen. Die Initiative reduziert Nachhaltigkeit jedoch auf eine bloße Zahl und lenkt die Aufmerksamkeit von den eigentlichen strukturellen Herausforderungen ab: unzureichende Wohnungspolitik, zu geringe Investitionen in die Infrastruktur, mangelnde Planung in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales, aber auch die Verschlechterung der Ökosysteme, der Druck auf die natürlichen Ressourcen und das Fehlen von Strategien für den ökologischen Wandel. Indem sie Migrant*innen als Verantwortliche für diese Schwierigkeiten ins Visier nimmt, schürt sie eine falsche Lesart der ökosozialen Probleme und verstärkt Ausgrenzungsmechanismen, die die Soziale Arbeit gerade im Alltag bekämpft. Die Soziale Arbeit weiss, dass kollektive Herausforderungen nicht durch die Benennung von Sündenböcken gelöst werden, sondern durch kohärente, inklusive und verantwortungsvolle öffentliche Massnahmen.